

Ein Modell politischer Diskursanalyse *

I

DER SOGENANNT 'linguistic turn' in der Philosophie hat in der in England seit den späten 1950er Jahren vor allem von Quentin Skinner und John Pocock entwickelten politischen Diskurstheorie der sogenannten 'Cambridge-School' auch die politische Ideengeschichte erreicht (1). Und die daraus resultierenden historiographischen Unter-

Zur Zitierweise : ich gebe evtl. im Text und in einer ersten Fußnote die vollständige Quelle an, danach in Kurzform.

* Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung eines Kapitels meiner Habilitationsschrift: Vom 'Dominium politicum et regale' zur Demokratie. Studien zur Geschichte politischer Diskursivität Großbritanniens in der frühen Neuzeit, Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, 1999.

(1) Eine Sammlung wichtiger Texte ist: James TULLY (Hg.), *Meaning and context. Quentin Skinner and his Critics*, (Cambridge/Oxford, 1988); weiterhin ders.: The pen is a mighty sword: Quentin Skinner's analysis of politics, *British Journal of Political Science*, vol. 13, (1983), 489-509; Cary J. NEDERMAN: Quentin Skinner's state: historical method and traditions of discourse, *Canadian Journal of Political Science*, vol. 18 (1985), 339-52; John G.A. Pocock, Languages and their Implications: The Transformation of the Study of Political Thought, in: ders.: *Politics, Language and Time. Essays on Political Thought and History* (1971), repr. (Chicago/London, 1989), Nr.1; ders.: The reconstruction of Discourse: Towards the Historiography of Political Thought, *Modern Language Notes*, vol. 96 (1981), 959-80; ders.: Introduction: The state of the art, sowie: Virtues, rights and manners. A model for historians of political thought, in:

ders.: *Virtue, Commerce and History. Essays on political thought and history, chiefly in the eighteenth century* (Cambridge, 1985), 1-50 ; ders.: Texts as Events: Reflections on the History of Political Thought, in: *Politics of Discourse. The Literature and History of Seventeenth-Century England*, hg. v. Kevin SHARPE/Steven N. ZWICKER (Berkeley etc., 1987), 21-34; ders.: The concept of a language and the 'métier d'historien': some considerations on practice, in: *The Languages of Political Theory in early-modern Europe*, hg.v. Anthony PAGDEN (Cambridge, 1987), 19-40; Iain HAMPSHER-MONK, Political languages in time - the work of J.G.A. Pocock, *British Journal of Political Science*, vol. 14 (1984), 89-116; David BOUCHER, Language, politics and paradigms: Pocock and the study of political thought, *Polity*, vol. 17 (1984/85), 761-76; sowie die gründliche Untersuchung von dems.: Texts in Context. Revisionist Methods for Studying the History of Ideas, Dordrecht, etc. (Nijhoff), 1985; Terence BALL/John G.A. Pocock, Introduction, in: dies. (Hg.): *Conceptual Change and the Constitution* (University Press of Kansas, 1988), 1-12; Gordon J. SCHOCHE: Why should history matter? Political theory and the history of discourse, in: *The varieties of British political thought, 1500-1800*, hg. v. John G.A. Pocock et al. (Cambridge, 1996), Kap. 10; Hartmut ROSA, Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie: Der Beitrag der 'Cambridge School'

suchungen zur Geschichte des politischen Denkens der frühen Neuzeit, vor allem Großbritanniens, haben mittlerweile derart reichhaltige Resultate erbracht, dass es nicht nur möglich erscheint, eine komplexe diskursanalytische Begrifflichkeit daraus zu gewinnen, sondern diese auch durch gedankliche Verallgemeinerung einer Anwendung in anderen Bereichen zugänglich zu machen; das wird in diesem Text versucht. Um genauer zu fassen, was unter politischer Diskurstheorie verstanden werden soll, werden zunächst einige Abgrenzungen eingeführt, dann werden einige begriffliche Probleme und alternative Diskursbegriffe diskutiert und ich formuliere dann ein Modell politischer Diskurstheorie, dessen Anwendbarkeit durch eine diskursanalytische Skizze zum gegenwärtigen Liberalismus exemplifiziert wird.

II

Die traditionelle 'Geistesgeschichte' hat sich auf die eindringende hermeneutische Interpretation herausragender, als 'klassisch' erklärter Texte konzentriert, die eventuell — und dies ist sicher eine elementare Form der Kontextualisierung — in den Zusammenhang eines Œuvre und die Biographie des betreffenden Autors eingebettet wird. Gleichwohl hat dieses Verfahren die Reduktion diskursiver Prozesse auf die Beiträge herausragender Individuen zur Folge, die dann selbst zu 'Klassikern' erklärt werden, während die weiteren Kontexte gewissermaßen als Hintergrundstaffage für das eigentliche 'Denken' existieren, das in diesen 'Klassikern' personal greifbar sein soll. Es ist dies eine geistesaristokratische These, die sich übrigens in einem merkwürdigen Widerspruch zum Prozess der Demokratie befindet. Bei einigen Vertretern dieser Methode, wie zum Beispiel Leo Strauss (2), kann direkt

zur Metatheorie, *Politische Vierteljahresschrift*, 35. Jg. (1994), 197-223; kritisch von liberaler Seite: Joyce APPLEBY, *Liberalism and Republicanism in the Historical Imagination* (Cambridge (Mass.)/London, 1993); von einer linken Position: Isaac KRAMNICK, *Republicanism and bourgeois Radicalism. Political Ideology in late Eighteenth-Century England and America* (Ithaca/London, 1990).

(2) Leo STRAUSS, On Collingwood's Philosophy of History, in: *The History of Ideas. An Introduction to Method*, hg. v. Preston KING (London, 1983), 153-76; John G. GUNNELL, The Myth of the Tradition, *ibid.*, 233-55; Nathan TARCOV, Philosophy and History: Tradition and interpretation in the work of

Leo Strauss, *Polity*, vol. 16 (1983/84), 5-29; Bernard SUSSE, Leo STRAUSS, The ancient as modern, *Political Studies*, vol. 36 (1988), 497-514; Stephen HOLMES, Wahrheiten für wenige. Leo Strauss und die Gefährlichkeit der Philosophie, *Merkur*, 44. Jg. (1990), 554-69; Harald BLUHM, Erhellende Gegensätze — Michael Walzers und Leo Strauss' Rückgriff auf die Antike, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Bd. 41 (1993), 1049-57, sowie die Berliner Habilitationsschrift von Bluhm über Strauss; weiterhin Gary D. GLENN, Speculations on Strauss' Political Intentions suggested by 'On Tyranny', *History of European Ideas*, vol. 19 (1994), 171-7.

nachvollzogen werden, dass und inwiefern dieser Widerspruch der ideengeschichtlichen Methode zugrunde liegt. Jedenfalls werden auf diese Weise nur die scheinbaren Gipfelpunkte des Denkens erfaßt und die Illusion einer erhabenen Region des Geistes erzeugt, in der stets noch die gleichen fundamentalen Fragen thematisiert werden, so dass, abgelöst vom konkreten historischen Prozess, die 'Klassiker' in eine Art überzeitlichen Dialog miteinander versetzt werden könnten.

Die fundamentale Einsicht der Diskurstheorie besagt dagegen, dass es entscheidend die Rezeption ist, die aus Texten und Autoren 'klassische' macht. Ein Text, den niemand liest, den niemand diskutiert, weitervermittelt oder auch kritisiert, existiert diskursiv nicht. Der Status eines Textes hängt ab von und ist das Ergebnis, die Leistung der Rezeption. Das wird deshalb leicht übersehen, weil der Schluss nahe liegt, die Differenz der Intensität der Rezeption aus der Qualität des Textes zu erklären; mit anderen Worten: ein Text schafft sich seine Rezeption. Aber diese Täuschung beruht auf jener, die Rezeption als etwas bloß Passives, Konstantes, Neutrales anzunehmen. Umgekehrt wurde in der Diskurstheorie gezeigt, dass die Rezeptionsbedingungen oder die Vorstellung, die sich ein Autor von ihnen macht-aktiv auf die Produktion von Texten einwirken. Wenn wir nämlich einen Text als einen komplexen 'Speech Act' verstehen, mit dem also ein Autor etwas Bestimmtes 'machen' will, dann geht notwendig die Reflektion auf die Rezeptionsbedingungen, die Vorstellung einer spezifischen 'audience' in die Produktion des Textes ein. Nicht der Text schafft sich eine Rezeption, sondern die Rezeptionsbedingungen schaffen sich Texte. Eine gegebene diskursive Situation, die bestimmte Fragen und Probleme aufwirft, verlangt nach und provoziert Antworten. Und in der Rezeption wird darüber entschieden, welche dieser Antworten als relevant akzeptiert werden. Dabei kommt es vor, dass bestimmte Texte bzw. Autoren sehr breit rezipiert werden und den Status allgemeiner diskursiver Referenz erlangen, was eventuell die optische Täuschung erzeugt, als würde ein Diskurs durch einen (oder vielleicht eine Handvoll) Autoren bestimmt. Auch hier gilt jedoch: nicht der Autor schafft sich einen Diskurs, sondern der Diskurs wählt sich Referenzpunkte, mit denen er im übrigen generell recht frei verfährt, denn kein Autor hat wirklich eine Kontrolle darüber, was in Rezeptionsprozessen mit seinen 'Speech Acts' getan wird (3). Einer überlieferten Anekdote zufolge soll

(3) Ein frühneuzeitliches Sinnbild mit dem Titel: *Irrevocabilis*, zeigt einen Arm, eine Schleuder und einen soeben in die bewohnte Landschaft geschleuderten Stein. Die im Original französische Bildunterschrift sagt in

einer alten deutschen Übersetzung: »Die Schleider wirfft den Stein/er fleugt schnell und geschwinde/Und wendt nicht wieder umb/ist im Gewalt der Winde/So bald ein Wort gered dir auß dem Mund entfehrt/Ists in frembder

Marx angesichts von Vulgarisierungen seiner Theorie festgestellt haben, »que je ne suis pas marxiste«. Die Rezeption ist ein aktives Tun und zwar das, was diskursiv zählt. Und wenn man derart die aktive Rolle der Rezeption betont, die eben weithin gleichzeitig eine (Sprachs-, Begriffs- oder Ideologie-) Produktion ist, erweist sich die Distinktion zwischen Autoren und Rezipienten als eine nur relativ bedeutsame; hier liegt eine Parallele zu französischem Strukturalismus und zu Michel Foucault (4). Allerdings besteht die englische Diskurstheorie darauf, dass der Diskurs nichts an sich Selbständiges gegenüber den einzelnen Diskursakten ist, sondern vielmehr nur ihre Summe. Diese Täuschung rührt daher, dass sich der Diskurs den Interventionen des Einzelnen generell nicht fügt, ihm als etwas Hartes, Widerständiges erscheint.

Jedenfalls folgt aus der Relativierung der Bedeutsamkeit des einzelnen Autors und jener der Differenz zwischen Produktion und Rezeption von Diskursmaterial, den Fokus auf diese Diskursprozesse zu richten, zu denen einzelne Autoren gewissermaßen das Rohmaterial liefern. Aber wie können wir diese Diskursprozesse genauer fassen? In der prominent von Arthur Lovejoy (5) vertretenen Konzeption einer 'Ideengeschichte' im eigentlichen Sinne wird Geistesgeschichte als Kompositum der Einzelgeschichten spezifischer 'Ideen' verstanden, die gleichsam als 'Atome' oder Bausteine des menschlichen Denkens und seiner Geschichte gelten. Hier scheint ein platonisch-bewusstseinsphilosophisches Erbe wirksam zu sein, das durch die Diskurstheorie radikal veraltet, denn mit der Plazierung des Diskursbegriffs im Prozess gesellschaftlich relevanter Kommunikation, können Ideen nur noch als durch fortlaufende, fortlaufend reproduzierte und sich transformierende Kommunikationsprozesse getragen begriffen werden, aus welchen sie herauszulösen einer überzeitlichen Reifizierung gleichkommt, die den Zusammenhang mit den tatsächlichen historischen und geisteshistorischen Prozessen abschneidet. Natürlich gibt es Rezeptionsprozesse, die lange Zeiträume übergreifen und den Schein einer Identität übermittelter Ideen erzeugen. Wenn aber, zum Beispiel, die Renaissance Cicero rezipiert, dann erzeugen, auch wenn buchstäblich die gleichen Worte, der gleiche Text im Spiel ist, die differenten Kontexte differente Diskursakte gegenüber den originären von Marcus

Gewalt/nicht wieder zu dir kehrt«, *Emblemata*. Handbuch zur Sinnbildkunst des XVI. und XVII. Jahrhunderts, hg.v. Arthur Henkel/Albrecht Schöne, Taschenausgabe, Stuttgart/Weimar, 1996, Spalte 75.

(4) »Die Instanz des schöpferischen Subjekts als *raison d'être* eines Werkes und Prinzip seiner Einheit ist ihr [der 'Archäologie']

fremd«, Michel FOUCAULT, *Archäologie des Wissens* (frz. 1973) (Frankfurt (Main), 1981), 199.

(5) Arthur O. LOVEJOY, The Study of the History of Ideas, in: *The History of Ideas. An Introduction to Method*, hg. v. Preston King (London, etc., 1983), 179-97.

Tullius. In der politischen Diskurstheorie wird daher davon ausgegangen, dass nicht einzelne, bestimmte Ideen kommuniziert werden, sondern sprachlich (6), begrifflich fundierte Weltauslegungen, in der Kombination von analytischen und normativen Momenten, in denen nicht an sich 'Ideen', sondern 'Ideen' nur als Momente, Motive, Topoi jeweils spezifischer politischer Deutungen eine Rolle spielen, die als 'politische Sprachen' zu verstehen sind.

Damit ist keine 'natürliche Sprache' gemeint, denn wenn wir, zum Beispiel, die politische Sprache des Elisabethanischen Hofes mit jener des viktorianischen Bürgertums vergleichen, so handelt es sich in beiden Fällen unstreitig um 'Englisch', doch werden ebenso unstreitig durch die jeweilige politische Sprache radikal differente Weltdeutungen transportiert. Der 'Sprach'-Begriff, der hier in Anschlag kommt, ist abgehoben gegenüber dem einer 'natürlichen Sprache' und konkreter. Das tritt noch deutlicher in den Blick, wenn wir die kompliziertere Frage der Parallelität politischer Sprachen zur gleichen Zeit in einem gegebenen Diskursraum aufwerfen. Es gibt keine logische Nötigung, anzunehmen, dass hier nur eine politische Sprache gesprochen werden kann. Im Gegenteil: die historisch substantiierbare Wahrscheinlichkeit spricht für die Koexistenz verschiedener politischer Sprachen in einem gegebenen politischen Diskursraum (7).

Die Nötigung zur allgemein gesellschaftlichen, d.h. diskursübergreifenden Kommunikation und Verständigung von der Ebene des Alltags bis hinauf zu den 'Staatsangelegenheiten' allerdings ist damit nicht aufgehoben, so dass hier von einem Spannungsverhältnis koexistierender Diskurse auszugehen ist, die sich in einem mehr oder weniger konsensualen Überschneidungsbereich geteilter Vorannahmen und Überzeugungen treffen. Damit ist dieser Konsens wesentlich auch als das Resultat von Konkurrenz zu verstehen und Diskurse als ideologische Formationen, die gesellschaftliche Kräfte im Konflikt um Macht bündeln. Sie verleihen dem Interessenstreit eine ideologische Struktur. Dabei darf man sich allerdings den Prozess der Adoption eines Diskurses durch bestimmte soziale Kräfte nicht als einen sehr rationalen, gar instrumentellen vorstellen, denn der entscheidende Gesichtspunkt ist gerade, dass soziale Kräfte sich politisch und ideologisch erst kon-

(6) Alexander Thumfarts Versuch, vom Sprachbegriff her eine genuin politische Institutionentheorie zu konzipieren: Rhetorische Sprache — ein Kriterium zur Differenzierung von politischen und sozialen/soziologischen Institutionenbegriffen. Eine methodische Überlegung mit zwei Beispielen, in: Gerhard GÖHLER (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen*

(Baden-Baden, 1994), 221-41, bleibt ohne Überzeugungskraft, und sein Begriff der 'Sprache' ist sicher auf einem höheren Verallgemeinerungsgrad angesiedelt als der hier verfolgte.

(7) Siehe Pocock, *Languages and their Implications*, in: ders.: *Politics, Language and Time*, S.21f.

stituieren unter Bezug auf politische Diskurse, die mithin vorgängig, mindestens gleichursprünglich sind, jedoch auch durch die Gruppierung der sozialen und politischen Kräfte transformiert werden. Im Medium des Diskurses definieren sich soziale Kräfte politisch, und für diese Positionierung greifen sie auf das gegebene diskursive, ideologische Material zurück, das in diesem Prozess transformiert wird. Es existiert, mit anderen Worten, zu jedem Zeitpunkt ein Wechselspiel zwischen überlieferten Diskursen und ihrer Bearbeitung durch den Druck sozialer Entwicklungen und Interessenlagen. Das eigentümliche der ideologischen Bündelung sozialer Kräfte in politischen Diskursen ist jedoch, dass Diskurse Deutungsangebote und normative Ordnungskonzeptionen formulieren, die sich tendenziell an die gesamte (diskursiv involvierte) Gesellschaft richten. Sie sind daher stets inspiriert von 'Gemeinwohl-ideen' oder idealen Konzeptionen eines 'guten Lebens', die allgemeine Geltung beanspruchen. Nur dadurch entfalten Diskurse ihre Kraft, soziale Interessenlagen und Kräfte zu bündeln, strategische Bündnisse sozialer Kräfte ideologisch herzustellen und letztlich auch gesellschaftlichen Konsens zu stiften. Ein Diskurs, der nackte Interessenpositionen gegen widerstreitende gesellschaftliche Interessen formuliert, hat die Konkurrenz um allgemeingesellschaftliche Anerkennung, Hegemonie und Macht bereits verloren. Interessen werden daher in Diskursen als normative gesellschaftliche Ordnungskonzeptionen generell verschleiert.

Das Motiv, dass Diskurse eine Form ideologischen Kampfes sind, unterscheidet die Diskurstheorie wohl auch von der vor allem von der französischen Schule der 'Annales' inspirierten Mentalitäts-Forschung, die im Grunde Bewusstseinsinhalte gewöhnlicher Menschen analysiert, mittels dessen sie sich im Leben, in der Reproduktion ihres Lebens orientieren und die sich in ihrer Allgemeinheit nur über längere Zeiträume wandeln (8). Dabei bleibt aber offen, woher diese Bewusstseinsinhalte kommen, wie massenhaft verbreitete Perzeptionen von Wirklichkeit, normative Orientierungen usw. generiert und wirkungsmächtig werden. Die Diskurstheorie konzentriert sich demgegenüber auf jene Felder, in denen diese Perzeptionen gesellschaftlicher Wirklichkeit und normativ inspirierte programmatische Antworten darauf, strittig, diskursiv thematisch werden. Die gesellschaftliche Debatte, die zwar nicht nur von herausragenden Einzelnen geführt wird, an der aber auch nicht alle in einem Diskursraum Anwesenden gleichermaßen aktiv teilnehmen, zeigt uns die Brüche und Weichenstellungen gesellschaftlicher Selbstverständigung. Deshalb interessiert sich die Diskurstheorie

(8) Siehe Roger CHARTIER, Geistesgeschichte oder *Histoire des mentalités*, in: LaCapra/Kaplan (Hg.), *Geschichte denken*, 11-44.

vor allem für jene Gruppen, die von ihrem Status und ihren Ressourcen her dafür prädestiniert sind, aktiv in Diskursprozesse einzugreifen. Sie siedelt sich daher auf jener mittleren Ebene zwischen individuell ausgeformten Theorien einerseits und allgemeinen gesellschaftlichen Mentalitäten andererseits an, die für gesellschaftliche Selbstverständigungen als die entscheidende erscheint.

Ein weiteres Kritikmotiv der Diskurstheorie richtet sich gegen die anachronistische Vereinnahmung der Geschichte des politischen Denkens zur Legitimation bestimmter politischer Positionen, die als Telos in der Vergangenheit verankert werden. Das zielt in England vor allem auf die sogenannte 'Whig Theory of History', die beginnend im 18. Jahrhundert daraufhin angelegt war, die Geschichte des englischen politischen Denkens, besonders des 17. Jahrhunderts, reduktionistisch und selektiv als Vorlauf für die eigene hegemoniale Position auszulegen (9). Kritische marxistische Interpretationen wiederum (10) entgingen dieser Falle anachronistischer Projektion deshalb nicht, weil sie bloß die Vorzeichen verkehrten, also was die Liberalen als progressiven Emanzipationsprozess des Bürgertums verstanden als Formierungsprozess kapitalistischer Herrschaft denunzierten. Das alles hat mehr mit den Diskursen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu tun als mit den tatsächlichen Diskursen des 17. Jahrhunderts. Zugrunde liegt dem die kaum überwindliche Sucht politischer Diskurse, sich historische Legitimität, Tradition, historisch unterfütterte Relevanz zu verschaffen. Im ganzen wendet sich die Diskurstheorie dagegen, die Themen einer Zeit im Medium einer anderen zu verhandeln, und nimmt eine reflektiertere, eine Beobachterposition zu den Diskursprozessen ein, was eher einer wissenschaftlichen Haltung entspricht, als dass es einfach post-modernen Relativismus ausdrücken würde, der leicht dazu neigt, alles, auch das eigene Tun, als bloßes Konstruieren zu betrachten und daher die Differenz zwischen den Diskursen und ihrer wissenschaftlichen Beschreibung zu verwischen.

(9) Zu verweisen ist hier u.a. auf Thomas B. MACAULAY, *The History of England* (1848-61), gek., hg. v. Hugh TREVOR-ROPER (Harmondsworth, 1983); ders.: *Critical and Historical Essays*, Bd. I (London, 1966); siehe dazu: Jürgen OSTERHAMMEL, Nation und Zivilisation in der britischen Historiographie von Hume bis Macaulay, *Historische Zeitschrift*, Bd. 254 (1992), 281-340; ein früher kritischer Beitrag stammt von Herbert BUTTERFIELD, *The Whig Interpretation of History* (1931) (London, 1968); ders.: *The Englishman and his History* (Cambridge, 1944); über das

Verhältnis Leopold von Rankes dazu siehe Hans-Christoph SCHRÖDER, Rankes 'Englische Geschichte' und die Whighistoriographie seiner Zeit, in: *Frühe Neuzeit - Frühe Moderne? Forschungen zur Vielschichtigkeit von Übergangsprozessen*, hg. v. Rudolf VIERHAUS et al. (Göttingen, 1992), 27-47.

(10) Kritisiert werden etwa Christopher Hill und Crawford MacPherson, besonders des letzteren: *Die politische Theorie des Besitz-individualismus (amerik. 1962)* (Frankfurt (Main), 2. Aufl., 1980).

III

Was das Material betrifft, mit dem historiographisch-rekonstruktiv gearbeitet wird, so rekurriert die politische Diskursanalyse wie andere Ansätze auf Texte, jedoch genauer als etwa Alasdair MacIntyres Redeweise von 'Traditionen' (11) konzentriert auf den begrifflich-sprachlichen Rahmen politischer Kommunikation (12). Insoweit handelt es sich bei der Diskurstheorie um eine Hermeneutik. Kevin Sharpe hat zu bedenken gegeben, ob nicht zur Vervollständigung eines diskursiv getragenen politischen Weltbildes oft, oder immer, auch künstlerische Darstellungen gehören: Poesie, Theater, visuelle Kunst, Musik (13). Das ist sicher richtig gesehen, doch läßt sich die These formulieren, dass derart ästhetische Darstellungsformen, jedenfalls soweit sie ideologische Bedeutungen, Weltbilder transportieren, generell auf die vorgängige Existenz anderweitig sprachlich bereits konstituierter politischer Diskurse rekurrieren, an die ästhetische Diskursivität gleichsam parasitär andockt. Diese Frage bedürfte jedoch einer genaueren Untersuchung.

Wenn in Diskurstheorie nun die Konzentration auf den einzelnen Text aufgehoben wird, da Diskurse als kollektive gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse nur rekonstruktiv zu gewinnen sind, gleichsam als Durchschnitt oder als begrifflicher Überschneidungsbe- reich der einen Diskurs konstituierenden einzelnen Diskursakte, so erfordert dies eine andere Hermeneutik, die bis zu einem gewissen Grade 'idealtypisch' verfahren muss. Allerdings: die 'Ordnung der Diskurse' ist deshalb nicht einfach eine analytisch-theoretische Konstruktion, mittels derer der Historiograph von Diskursen nachträglich das 'Chaos' politischer Meinungen ordnet, weil der Kampf der Meinungen selbst bereits zu einer 'Ordnung der Diskurse' führt. Indem über Diskurse politisch-ideologische Hegemonie hergestellt wird, grenzen sich die einzelnen Diskurse, die um Hegemonie konkurrieren und die gleichzeitig politische Lager bilden und strategische Bündnisse

(11) Alasdair MACINTYRE, *After Virtue. A Study in Moral Theory* (London, 2. Aufl., 1985); ders.: *Whose Justice? Which Rationality?* (London, 1988).

(12) Siehe Terence BALL et al. (Hg.), *Political Innovation and Conceptual Change* (Cambridge UP, 1989).

(13) Kevin SHARPE, A commonwealth of meanings: languages, analogues, ideas and politics, in: ders.: *Politics and Ideas in Early*

Stuart England. Essays and Studies (London/ NY, 1989), 3-71; ders.: The image of virtue: the court and household of Charles I, 1625-1642, *ibid.*, 147-73; ders.: Culture, Politics and the English Civil War, *ibid.*, 279-316; ders./Peter LAKE, Einführung der Herausgeber, in: *Culture and Politics in Early Stuart England*, hg. v. Kevin SHARPE/Peter LAKE (Basingstoke/London, 1994), 1-20.

realisieren, selbst voneinander ab. Der Rede von den 'Whigs' und 'Tories', die in den 1670er Jahren aufkommt, liegen ja seinerzeit keine organisierten Parteien und Parteiapparate zugrunde, die Propaganda diskursiv organisieren würden, sondern ideologische Lagerzuschreibungen, die sich an der Haltung zu bestimmten strittigen Fragen festmachen: dem Ausschluss des jüngeren Bruders des Königs als Katholik von der Thronfolge, der Zustimmung zur oder Ablehnung der 'dispensing Powers' der Krone, und anderes. Und innerhalb dieser politischen Lager sind verschiedene politische Sprachen zu unterscheiden, bei den 'Whigs' etwa puritanische, naturrechtliche und klassisch-republikanische Argumentationsmodi. Der Historiograph hat also ein durch die zeitgenössische politische Konkurrenz bereits geordnetes Feld vor sich, das idealtypisch zu rekonstruieren ist. Allerdings: da die Diskurskonkurrenz eminent dynamisch verläuft und neben Perioden relativer Stabilität rasche Umstrukturierungen kennt, die etwa durch Strategien wechselseitiger Begriffsbesetzung betrieben werden, muss er mit einer gewissen Fluidität von Diskursabgrenzungen rechnen. Das alles führt zu dem Gedanken, dass Diskursanalyse stets als 'Diskursfeldanalyse' zu betreiben ist, die sich auf die Interaktion von Diskursen konzentriert.

Wenn die politische Diskurstheorie der 'Cambridge School' ihre Fruchtbarkeit als historiographischer Ansatz mittlerweile in einer Vielzahl materialer Untersuchungen, vor allem im Feld der britischen (14) Geistesgeschichte, erbracht hat, so generell bisher in der Konzentration auf nur einen Diskurs; das gilt *modo grosso* auch für die klassischen Studien John Pococks: *The Ancient Constitution and the Feudal Law*, zuerst 1957, sowie: *The Machiavellian Moment* von 1975 (15). Der Übergang zur Untersuchung der Interaktionsverhältnisse gleichzeitiger existierender Diskurse, von Diskursfeldern, ist noch kaum vollzogen. Die Art dieser Interaktion hängt nicht nur von den immanenten Relationen der Diskurse zueinander ab, sondern auch davon, wo sie ihre inhaltliche und soziale Basis haben. Die Diskurskonkurrenz kann etwa dadurch entkrampft sein, dass bestimmte Diskurse jeweils in gesell-

(14) Siehe für Diskursanalysen im nord-amerikanischen Kontext: Dorothy Ross, *The Origins of American Social Science* (Cambridge, 1992); Judith N. SHKLAR, Alexander Hamilton and the language of political science, in: *The Languages of Political Theory in early-modern Europe*, hg.v. Anthony Pagden (Cambridge, 1987), 339-55.

(15) John G.A. Pocock, *The Ancient Constitution and the Feudal Law. A Study of English historical Thought in the Seventeenth Century. A Reissue with a Retrospect* (Cam-

bridge etc., 1990), und die daran anschließende Diskussion, u.a.: Glenn BURGESS, *The Politics of the Ancient Constitution. An Introduction to English Political Thought, 1603-1642* (Pennsylvania State UP, 1993); ders.: *The Machiavellian Moment Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition* (Princeton, 1975); als Vorstudie zu diesem zweiten Buch kann gelten: ders.: Civic Humanism and its Role in Anglo-American Thought, in: ders.: *Politics, Language and Time*, Nr. 3.

schaftlichen Teilsystemen angesiedelt sind, wo sie eventuell eine ungefährdete Hegemonie ausüben und sich daher wechselseitig wenig 'ins Gehege kommen'. Eine derartige Positionierung und Beschränkung politischer Diskurse kann institutionell abgestützt sein, und Pocock hat im Zusammenhang des 'Common Law'-Diskurses mit dem Konzept einer 'institutional language' operiert (16), womit er auf die Tatsache der Basierung dieses Diskurses in den Institutionen der Profession der 'Common Law'-Jurisprudenz abhob: in den Ausbildungsstätten, den 'Inns of Court' sowie den affilierten 'Inns of Chancery', und im Umfeld der 'Common Law'-Gerichtshöfe (17). Es ist dies eine starke Institutionalisierung, bedingt etwa auch durch die Tatsache, dass die Juristen des 'Common Law' virtuell eine eigene Sprache benutzten — eine Art postnormannisches Bastardfranzösisch. Eine derart starke Institutionalisierung verleiht einem Diskurs sicher starke Beharrungskraft, bietet aber auf der anderen Seite, zumal wenn Sprachbarrieren hinzukommen, keine günstigen Bedingungen für eine Ausdehnung dieses Diskurses in allgemeine gesellschaftliche Bereiche hinein. Sie beschreibt zunächst nur die defensive Stärke eines Diskurses. Indem es seit dem 15. Jahrhundert jedoch üblich wurde, Söhne des Adels und dann auch des höheren Bürgertums einige Zeit an einer 'Common Law'-Schule ausbilden zu lassen, vielfach weniger, um Juristen aus ihnen zu machen, als ihnen juristische Grundkenntnisse und gesellschaftlichen Schliff zu geben, war die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Expansion dieses Diskurses, jedenfalls in die oberen Schichten hinein, gegeben, die unter bestimmten politischen Bedingungen realisiert wurde. Etwas ähnliches gilt für den Humanismus, der als Bildungsgut und als Sprache in den oberen Schichten präsent und unter bestimmten Bedingungen politisierbar oder politisch radikalierbar war. Eine institutionelle Diskurseinbettung ist auch bei höfischen Diskursen zu veranschlagen, die in einem bestimmten Milieu zentriert sind (18), sowie bei klerikalen Diskursen, wenn wir nämlich davon ausgehen, dass auch hier ein professionelles Milieu, mit gemeinsamen Ausbildungsstätten, Kommunikationskreisen und Autoritäten, im Sinne der Vereinheitlichung der Weltanschauung wirken wird. Unabhängig von derartigen institutionellen Faktoren ist jedoch davon auszugehen, dass alle Diskurse die

(16) Pocock: *Texts as Events*, in: Sharpe/Zwicker (Hg.), *Politics of Discourse*, 27.

(17) Siehe Alfred W.B. SIMPSON, 'The Early Constitution of the Inns of Court', in: ders.: *Legal Theory and Legal History. Essays on the Common Law* (London/Ronceverte, 1987), 17-32; ders.: 'The Early Constitution of Gray's Inn', *ibid.*, 33-52.

(18) Siehe als Versuch: Sharpe, 'The image of virtue', in: ders.: *Politics and Ideas in Early Stuart England*.

Tendenz haben, zu expandieren, d.h. ihre spezifische Weltanschauung als allgemeingesellschaftlich verbindlich zu setzen. Dabei kommen neben institutionellen Faktoren auch diskursimmanente Faktoren in Betracht: etwa die Tatsache, dass religiöse Diskurse generell, und im Falle einer fundamentalistischen Aufladung um so mehr, als nicht oder nur begrenzt rationale Diskurse zur Selbstverabsolutierung tendieren; der 'Puritanismus' ist hier das relevante Paradigma. Aber auch höfische Diskurse tendierten wegen der zentralen Stellung des Hofes im gesellschaftlichen Ordnungsgefüge sicher zur Verabsolutierung. Die Entzerrung und Abschwächung der Diskurskonkurrenz durch ihre Verteilung auf relativ autonome gesellschaftliche Teilkomplexe: Jurisprudenz, Hof, Klerus, wird daher nur eine relative sein, und es hängt von politischen Konjunkturen, strategischen Konstellationen und Kräfteverhältnissen ab, wie friedlich oder konfliktuell die Diskurse koexistieren. Ein Phänomen, an dem sich die Diskurskonkurrenz gleichsam materialisiert, kann eine konfligierende Verwendungsweise gemeinsamer Begriffe sein. Eine Auseinandersetzung, die das ganze englische 17. Jahrhundert durchzieht, betrifft etwa die Idee des 'Parlaments', das entweder als oberstes beratendes Gremium der Krone verstanden wurde, die über seine Einberufung und Auflösung und damit über seine Existenz entscheidet, oder das als Modell einer Mischverfassung verstanden wurde, in dem der König nur eine, die monarchische Komponente bildet, die durch die aristokratische ('House of Lords') und die demokratische Komponente (Unterhaus) überdeterminierbar ist.

In diesen Überlegungen wurde unterstellt, dass gesellschaftliche Diskurse politische Diskurse sind, doch ist ein juristischer Diskurs zunächst und in erster Linie ein juristischer Diskurs. Ich möchte gleichwohl die These formulieren, dass alle gesellschaftlichen Diskurse, auch ästhetische, eine politische Potenz einschließen, indem sie zur gesellschaftlichen Selbstverständigung darüber, wie eine Gesellschaft sich versteht, was sie ist und was sie sein will, beitragen. Die gesellschaftlichen Diskurse formulieren Deutungsangebote, die in einem Prozess wechselseitigen Abgleiches die gesellschaftlich-politische Ordnung determinieren. Damit ist ein weiter Begriff von 'Politik' in Anspruch genommen, der über das eigentliche 'politische System' hinaus die soziokulturellen Determinanten gesellschaftlicher Selbstordnung ins Auge fasst, die wesentlich politisch ist. Wenn eine Gesellschaft entscheidet, einen gesellschaftlichen Bereich nicht politisch zu regulieren, liegt dem immer noch eine Entscheidung zugrunde, die im Wesen politisch ist. Tatsächlich kann ja die für den klassischen Liberalismus

des 19. Jahrhunderts gültige Trennung von 'Staat' und 'Gesellschaft' für vormoderne Gesellschaften nicht angesetzt werden, und es ist allzu offensichtlich um bewiesen werden zu müssen, dass diese strikte Trennung auch für nachliberale gesellschaftliche Entwicklungen allenfalls begrenzte Gültigkeit besitzt. Politik ist in diesem Sinne der Inbegriff gesellschaftlicher Selbstordnung, und was politisch geordnet wird unterliegt in weitem Maße der kulturellen Selbstdeutung einer Gesellschaft, auf die gesellschaftliche Diskurse, gleichgültig ob und in welchem gesellschaftlichen Teilsystem sie ihre Basis haben, eminent einwirken. Auf der anderen Seite ist deutlich, dass die politische Potenz eines Diskurses nur in Abhängigkeit von der Diskurssituation, der Konkurrenz der Diskurse und ihrer jeweiligen Stärke aktualisiert wird.

IV

In den Sozialwissenschaften zirkulieren verschiedene Diskursbegriffe: neben einem wenig präzisen Gebrauch des Begriffes für alle möglichen Kommunikationsvorgänge wäre insbesondere auf die Diskursbegriffe von Jürgen Habermas und Foucault hinzuweisen. Habermas' Diskurstheorie ist von einer elaborierten idealen Diskurssituation her gedacht, die er in ihrer minimalistischen Gestalt als ideelle Nötigung in den realen Diskursen vorzufinden meint. Doch ist klar, dass Habermas keine konkreten Diskurse analysiert, sondern metatheoretisch an einer allgemeinen normativen Theorie des Diskurses arbeitet. Dieser Ansatz kollidiert nicht mit der hier in Anschlag gebrachten politischen Diskurstheorie, solange klar ist, dass die wirklichen politischen Diskurse, die wesentlich durch den Aspekt der Macht bestimmt sind, wenn sie auch im Modus normativer Argumentation stattfinden, nicht mit Habermas' idealer Diskurssituation zusammenfallen. Vielleicht könnte man sagen, dass gerade das, wovon Habermas abstrahiert, die konkreten Diskurse und ihre Verwicklung in Machtprozesse, in der politischen Diskurstheorie thematisch und zum Problem wird. Foucault (19)

(19) Siehe Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses* (1970) (Frankfurt (Main), 1991); ders.: *Archäologie des Wissens. Von der Subversion des Wissens*, hg. v. Walter Seitter (Frankfurt (Main), 1996); kritisch: Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne, Vorlesungen 9 und 10; weiterhin M. Rüb, Von der Macht zur Lebenskunst — Foucaults letzte Werke und ihre Interpretation in der Sekundärliteratur, *Leviathan* (12.Jg. 1984), 97-107;

Nancy Fraser, Michel Foucault: a 'young conservative' ?, Survey article, *Ethics*, vol. 96 (1985/86), 165-84; Mark Poster, Die Zukunft nach Foucault, *Archäologie des Wissens* und Geistesgeschichte, in: LaCapra/Kaplan (Hg.), *Geschichte denken*, 143-59; Herbert Schnädelbach, Das Gesicht im Sand. Foucault und der anthropologische Schlummer, in: *Zwischenbetrachtungen im Prozeß der Aufklärung, FS Habermas*, hg. v. Axel Honneth et al.

andererseits fundiert seinen Diskursbegriff in Machtprozessen wenn er sagt, »daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird«; der Diskurs ist nicht nur Ausdruck sozialer Herrschaftsrelationen, sondern »er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht« (20); soziale und politische Kämpfe finden im Medium des Diskurses statt. Wenn Foucault eloquent die Selektions- und Kontrollmechanismen des Zugangs zu Diskursen und der Diskursentwicklung benennt, vergisst er die andere Seite dieser Medaille: Diskurse haben sich, gegen Widerstand, entwickelt, Emanzipationsprozesse haben sich, wenngleich verbunden mit neuen Ausschließungen, in Diskursen niedergeschlagen. Diskurse sind nicht, oder nur relativ, geschlossen. Auch stimmt sein Bild einer gleichsam monolithischen Entgegensetzung von dem Diskurs auf der einen Seite, der Seite der Macht, und seinen Ausschließungen auf der anderen Seite, der Seite der Ohnmacht, nicht: Diskursfelder sind pluralistisch strukturiert, und wenn auch Diskurse nach Hegemonie streben und sie eventuell temporär ausüben, ist diese Hegemonie schwerlich als total zu denken. Auf einer radikaleren Ebene scheint Foucault auch zu verkennen, dass und inwieweit Diskurse notwendige Ordnungsleistungen erbringen und inwieweit sie, von Habermas her gedacht, der Aufklärung und Rationalisierung zugänglich sind (21).

Der tiefere Grund für die Differenz zwischen der 'Cambridge School' und Foucault dürfte darin zu suchen sein, dass der Diskurs jeweils an einer anderen Stelle im Kreislauf ideologischer Reproduktion von Gesellschaft verortet wird. Wenn wir ein einfaches kybernetisches Modell wählen, so analysiert die 'Cambridge School' die Diskurse auf der 'Input'-Seite des politischen Prozesses, während Foucault, so scheint es, Diskursivität vor allem auf der 'Output'-Seite ansiedelt. Auf der 'Input'-Seite wird darum gerungen, welche Diskursivität die Macht, den Staat determiniert. Auf der 'Output'-Seite dagegen tritt die

(Frankfurt (Main), 2. Aufl., 1989), 231-61; Richard J. BERNSTEIN, Foucault: Critique as a Philosophic Ethos, *ibid.*, 395-425; Paul Patton, Taylor and Foucault on power and freedom, sowie die Antwort Taylors, *Political Studies*, vol. 37 (1989), 260-81; Robert van KRIEKEN, The organisation of the soul: Elias and Foucault on discipline and the self, *Archives Européennes de Sociologie*, XXXI (1990), 353-71; Hubert L. DREYFUS, Die Gefahren der modernen Technologie: Heidegger und Foucault, in: *Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie*, hg. v. Axel HONNETH

(Frankfurt (Main), 1994), 107-20; Bent FLYVBJERG, Habermas and Foucault: thinkers for civil society?, *British Journal of Sociology*, vol. 49 (1998), 210-33; A.T. NUYEN, The Politics of Emancipation: From Self to Society, *Human Studies*, vol. 21 (1998), 27-43.

(20) Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, 11.

(21) John Pococks Text von 1971: On the non-revolutionary Character of Paradigms: A Self-Criticism and Afterpiece, in: ders.: *Politics, Language and Time*, Nr. 8, kann als implizite Kritik Foucaults gelesen werden.

Macht den Subjekten als Repressions- und als Diskursmacht gegenüber; der Diskurs ist eine Herrschaftsform, er beschreibt und legitimiert Herrschaftspraktiken. Die Subjekte können sich dagegen wehren und ihr Widerstand wird eventuell in die Diskursformation auf der 'Input'-Seite eingehen. Betrachten wir etwa die frühe britische Arbeiterbewegung: natürlich hat es Widerstand abhängig Beschäftigter schon lange gegeben, aber erst um 1800 herum gelingt es, diesen Widerstand in Verbindung mit 'radikalen', demokratischen Traditionen, die selbst auf die Französische Revolution reagieren, diskursiv zu formieren und in der Phase nach der Wahlreform von 1832 als 'Charismus' auch gegen bürgerlich-'radikale' Strömungen zu verselbständigen (22). Eine Integration der Diskursbegriffe der 'Cambridge School' und desjenigen von Foucault wäre demnach zu erzielen über die Berücksichtigung des Gesamtkreislaufes ideologischer Reproduktion. Dennoch gibt es Gründe, den Diskursbegriff der 'Cambridge School' zu präferieren, soweit es um die Analyse politischen Denkens als gesellschaftliche Selbstauslegung geht, denn dies, zumal in seinen variablen Aspekten, seiner Veränderbarkeit, seiner Offenheit und Innovation findet vor allem auf der 'Input'-Seite gesellschaftlicher Diskursivität statt. Die politische Debatte, Diskursivität in diesem Sinne der Konkurrenz um Hegemonie, unterstellt, dass eine andere Politik möglich, dass die Politik in gewisser Weise offen ist. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Rede von irgend bedeutungsvollem politischem Denken überhaupt sinnvoll, und das bedingt eine hinreichende Distanzierung des politischen Denkens von der Politik, durch die jene kritisch in Frage gestellt werden kann, während Foucault gerade die Verschmelzung von Macht und Diskursivität ins Auge fasst.



V

Diskurse sind definiert als Einheit von Inhalt: politisch-normative Weltdeutung, und Form: politische Sprache. Die grundlegende These der Diskurstheorie lautet, dass beide Momente in einer strategischen

(22) Klassisch hierzu: Edward P. THOMPSON, *The Making of the English Working Class* (engl. 1963) (Harmondsworth, 1982); ders.: *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie*.

Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, hg. v. Dieter GROH (Frankfurt (Main)/Berlin/Wien, 1980).

Diskurssituation notwendig aufeinander verweisen: ein bestimmter Inhalt ist nur in einer Sprache formulierbar, und eine bestimmte Sprache bringt eine bestimmte politische Weltdeutung zur Sprache. Aber dieser Zusammenhang ist, abgelöst von einer gegebenen Diskurssituation, relativ: andere Inhalte wandern in eine bestimmte politische Sprache ein und transformieren sie, und umgekehrt wird eine bestimmte politische Sprache für neue Inhalte adaptiert. Eigentlich ist dies der gleiche Prozess, von zwei Seiten aus betrachtet. Um diese Prozesse jedoch formulieren und rekonstruieren zu können, ist zwischen Inhalt und Form zu unterscheiden, weil sonst Transformations- und Übergangsprozesse verschiedener Diskurse, die sich nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, isoliert voneinander entwickeln, sondern sich ineinanderschieben oder ausdifferenzieren, nicht analysierbar wären. Anders wäre die Geschichte von Diskursen stets nur als Bruch, als Ablösung eines (hegemonialen) Diskurses durch einen neuen zu denken, und die Evidenz spricht gegen das Vorherrschen eines derartig sprunghaften Bewegungsmodus politischer Diskurse. Um diese Differenzierung von Inhalt und Form zu bewerkstelligen, schlage ich vor, zwischen dem (inhaltlichen) 'Deutungsangebot', oder einfach der politischen 'Deutung' einerseits, und der 'Rhetorik' eines Diskurses andererseits zu unterscheiden. Was den Begriff der 'Rhetorik' betrifft, so ist hier nicht die Rhetorik in der Tradition einer der drei *artes liberales* gemeint, sondern die je spezifische Begrifflichkeit eines Diskurses. Damit entsteht allerdings ein mögliches Missverständnis, sobald 'Rhetorik' nämlich im traditionellen Sinne verwandt wird. Etwa kann eine sinnvolle Aussage sein, einen Diskurs als besonders 'rhetorisch' darzustellen, was bedeuten würde, dass die rational-diskursive oder auch deduktiv-systematische Argumentationsweise hinter eine zurücktritt, die im besonderen Maße die Überzeugungskraft, die Persuasionskraft von Sprache nutzt.

Analysieren wir politische Sprache genauer, stoßen wir auf Begriffsnetze. Daraus ergibt sich eine Abgrenzung gegen die Begriffsgeschichte von Reinhart Koselleck und dem Kreis um die 'Geschichtlichen Grundbegriffe', die einen frühen englischen — politisch links stehenden — Vertreter in Raymond Williams hatte (23). Denn einzelne Begriffe können keine mehr oder weniger vollständigen politischen Deutungen konstituieren. An ihnen ist, isoliert, lediglich studierbar, wie die Konkurrenz und der Kampf der Diskurse um Begriffe eventuell verläuft. Gleichwohl meint 'Begriffsnetz' nicht einfach eine gleichmäßige Anordnung gleichwertiger Begriffe; zentrale Begriffe, die hoch

(23) Raymond WILLIAMS, *Culture and Society. 1780-1950* (engl. 1958) (Harmondsworth, 1985).

konnotiert sind und Diskurse als Rede gleichsam organisieren und identifizierbar machen, sind von weniger zentralen abgrenzbar. Dabei mag es so sein, dass Diskursdifferenzen gar nicht einmal an der Anwesenheit oder Abwesenheit von Termini ablesbar sind, sondern nur an der differentiellen Konnotation und Anordnung der Begriffe. Durch seine Weigerung, einen Begriff wie den der 'Tyrannis' als sinnvollen politischen Begriff überhaupt zu verwenden, hat sich Thomas Hobbes deutlich vom klassisch-humanistischen und tendenziell republikanischen Diskurs abgegrenzt (24). Aber ein derart klarer Bruch mit der eingeführten politischen Sprache führt das Risiko mit sich, die eigenen Rezeptionsmöglichkeiten entscheidend zu limitieren, und so finden wir denn auch gerade bei Hobbes eher elaborierte Umdeutungen eingeführter Begriffe als deren Verabschiedung (25).

Mit dem Vorschlag, 'Deutung' für die inhaltliche Seite eines Diskurses einzusetzen, wird unterstrichen, dass nicht jeder Topos, jedes Theorem oder Modell mit beschränktem Erklärungs- und Deutungswert in den Rang eines Diskurses zu erheben ist. Inhaltlich sind Diskurse mehr oder weniger vollständige politische Weltdeutungen, die als Bestandteile Topoi, Theoreme oder Modelle einschließen. Nicht in dem Sinne allerdings, dass sie aus einer bloß eklektischen Ansammlung von Topoi, Theoremen oder Modellen bestehen. Diskurse sind — jedenfalls idealtypisch — mehr oder weniger kohärente, in diesem Sinne einheitliche politische Weltdeutungen. Diese Trennung zwischen Diskursen als mehr oder weniger kohärenten Deutungsangeboten und ihren Bestandteilen ermöglicht, die diskursübergreifende Präsenz von Topoi, Theoremen oder Modellen zu analysieren. So existiert etwa das von der Antike her tradierte Modell der 'Mischverfassung' (26) in Europa seit dem ausgehenden Mittelalter im Diskurskontext eines durch die Renaissance revitalisierten klassischen Republikanismus. Dieses Modell ist jedoch in einer schwachen Form assimilierbar an die Tradition eines royalistischen Diskurses der Verpflichtung der Krone auf 'Beratung' durch 'die Großen des Reiches' und eventuell durch Repräsentativorgane. Man findet es nach der Reformation auch in protestantischen Theorien, die einen eigenen Diskurs bilden, und seit dem

(24) Hobbes: Vom Menschen (De Homine, 1658). Vom Bürger (De Cive, 1642). Elemente der Philosophie II/III, hg. v. Günter Gawlick, Hamburg, 2. Aufl., 1977: Vom Bürger, Kap. 7, S. 149f.

(25) Siehe zu rhetorischen Strategien von Hobbes: Quentin SKINNER, *Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes* (Cambridge UP), 1996).

(26) Siehe für die Geschichte dieses Konzepts Wilfried NIPPEL, *Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und früher Neuzeit* (Stuttgart, 1980); James M. BLYTHE, *Ideal Government and the Mixed Constitution in the Middle Ages* (Princeton, 1992).

späten 17. Jahrhundert dient es, funktionalistisch uminterpretiert, auch als Legitimationsmuster frühliberaler Gewaltenteilungsmodelle. Das traditionelle Modell der 'Mischverfassung' findet also diskursübergreifend Verwendung, mit jeweils divergierender Legitimations- und Begründungsfunktion, und kann daher nicht als Charakteristikum nur eines Diskurses gelten, sowenig es für sich genommen einen eigenen Diskurs bildet. Erst durch den Zusammenhang mit anderen Momenten im Rahmen einer spezifischen politischen Weltdeutung wird dieses traditionelle Modell zu einem ebenso spezifischen Bestandteil eines bestimmten Diskurses.

Aus der analytischen Unterscheidung zwischen Inhalt und Form eines Diskurses, von 'Deutung' und 'Rhetorik', ergibt sich die Möglichkeit, dass sich diese Momente in der gesellschaftlichen Diskurspraxis trennen, insbesondere durch die Verselbständigung der Rhetorik, die ihres Inhaltes beraubt wird, oder einem — jedenfalls teilweise — anderen Inhalt vindiziert wird. Wenn die Diskursrhetorik als Begriffssystem zu verstehen ist, das hierarchisch strukturiert ist, in dem also bestimmte Begriffe zentraler sind als andere, dann kann diese Veränderung durch mehrere Vorgänge induziert werden: a) die Struktur oder Hierarchie des Systems ändert sich, d.h. zentrale Begriffe rücken an den Rand und/oder Randbegriffe werden zentral; b) bestimmte Begriffe scheiden aus und andere werden in das System integriert; c) die Begriffe und evtl. die Rhetorik im ganzen verlieren ihre Präzision, werden diffus und verlieren damit ihre Fähigkeit einen distinkten politischen Diskurs zu tragen; d) die Vorzeichen ändern sich: an die Stelle eines positiven Bezuges auf einen Diskurs und seine Rhetorik tritt ein negativer. Dieser letztere Prozess ist in der Diskurskonkurrenz von vornherein angelegt; gleichwohl ist hier besonders auf die diskursive Funktion einer negativen Bezugnahme auf eine Rhetorik hinzuweisen. Wenn, zum Beispiel, die Anhänger der Revolution vom 'Good Old Cause' sprechen, wird diese Rede nach der Restauration pejorativ vom Royalismus aufgegriffen, und unabhängig davon, ob die derart Denunzierten politisch überhaupt ein gemeinsames Lager bilden oder nicht, sind sie in dieser Rede rhetorisch zusammengezwungen. In diesem Fall sowie in Fall c) drückt die Rhetorik keinen distinkten, positiven Diskurs mehr aus, kann aber noch eine diskursiv vereinheitlichende Funktion bewahren.

Schließlich zum 'Paradigma'-Begriff: im Sinne der ursprünglichen Prägung durch Thomas Kuhn im Kontext der Wissenschaftsgeschichte (27) ist ein Paradigma ein komplexes Erklärungsmodell für

(27) Thomas S. KUHN, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* (1962) (Frankfurt (Main), 2. Aufl., 1976).

einen bestimmten Erkenntnisbereich. Seit die Wissenschaft sich von der kosmologisch-theologisch ganzheitlichen Erklärungsart, die eine ursprüngliche Ordnung unterstellt, und von der Gebundenheit an die einfache sinnliche Erkenntnisart emanzipiert hat, die für wahr hält, was wir wahrnehmen, operiert sie empirisch, gleichwohl jedoch (re-)konstruktivistisch, da die empirischen Einzelresultate nur mittels einer theoretischen Konstruktion zu integrieren sind. Dieses theoretische Konstrukt als Erklärungsmodell wird, so Kuhn, durch die Integration von immer mehr empirischen Resultaten immer komplexer und eventuell widersprüchlich. Dadurch wird die Forschung angeregt, nach einem anderen Modell zu suchen, das in der Lage ist, die Empirie auf einfachere Art theoretisch zu integrieren. Entscheidend ist, dass die Erklärungsmodelle als solche nicht beweisbar sind, sondern nur plausibel mit Blick auf die Empirie, und es gilt der Grundsatz, dass das einfache Modell dem komplexeren vorzuziehen ist. Politische Diskurse sind in gewisser Weise als komplexe Erklärungsmodelle der politischen Welt zu verstehen und insofern vielleicht als politische Paradigmen. Doch ist das Verhältnis zur Empirie hier ein anderes als im Bereich der Naturwissenschaften, weil politische Diskurse zwar die Empirie gesellschaftlicher und politischer 'Tatsachen' zu reflektieren haben, daneben jedoch wesentlich politische Deutungen, d.h. Sinngebungen einschließen, die nicht im gleichen Maße an eine Empirie rückgekoppelt sind, sondern eine normative Dimension einschließen. Wenn etwa der 'Divine Right of Monarchy'-Diskurs seit dem 16. Jahrhundert seine Überzeugungskraft einbüßt, so nicht, weil er empirisch widerlegt wäre, was kaum möglich ist, sondern weil er im Gesamt der kulturellen Reproduktion einer Gesellschaft wahrscheinlich aufgrund von Prozessen kultureller Aufklärung und Rationalisierung heraus keine Überzeugungskraft mehr ausstrahlt. Dieser Prozess kultureller Rationalisierung und Modernisierung ist auch greifbar im Falle des 'Common Law'-Diskurses. Dieser Diskurs beruht ursprünglich wesentlich auf der These eines ursprünglichen, traditionellen, ungeschriebenen Rechts, das durch Legislation als auch Jurisdiktion eher 'ans Tageslicht gefördert', formuliert, denn neu geschöpft wird. Indem jedoch im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts die Einsicht wächst, dass die Gesellschaftsentwicklung im ganzen zwingend auf laufende Rechtsschöpfung und -erneuerung angewiesen ist, verliert diese Unterstellung und damit der 'Common Law'-Diskurs seine Überzeugungskraft. An diesen Beispielen läßt sich ablesen, dass Diskurse als gesellschaftlich-politische Deutungsangebote angewiesen sind auf Legitimationsquellen, die jedenfalls in ihrem Kern nicht strittig sind. Im vorliegenden Zusammenhang ist wichtig, dass Diskurse nicht

im gleichen Maße wie wissenschaftliche Paradigmen einer empirischen Prüfung unterliegen, sondern lediglich einem Test ihrer Überzeugungskraft im Gesamt gesellschaftlicher Reproduktion. Dieser Eigentümlichkeit der Freiheit politischer Sinngebung ist letztlich geschuldet, dass es überhaupt verschiedene Diskurse zur gleichen Zeit nebeneinander geben kann. Aus diesen Gründen halte ich, entgegen Pocock (28), den Paradigma-Begriff generell nicht für geeignet, Diskurse zu bezeichnen.

Trotzdem möchte ich vorschlagen, diesen Begriff für die Diskurstheorie fruchtbar zu machen, indem nämlich 'Paradigmen' und 'Paradigmenwechsel' präziser an den Prozess der Aufklärung, Rationalisierung und Modernisierung der Kultur gekoppelt werden. Denn tatsächlich scheint es so zu sein, dass sich in diesem Prozess, der gleichsam untergründig zur Diskursentwicklung in einer tieferen Schicht stattfindet, radikale Umwälzungen vollziehen, die die Struktur gesellschaftlicher Selbstbeobachtung im Verhältnis Individuum, Gemeinschaft, Kultur und Institutionen grundlegend umwälzen und alle existierenden Diskurse zwingen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen politisch-kultureller Selbstverständigung auf einem generell höheren Rationalitäts- und Reflektionsniveau einzustellen. Der deutlichste Fall in diesem Sinne ist vielleicht der 'Rationalismus' des 17. Jahrhunderts (29), der ausgehend von der Wissenschaftsentwicklung die Rationalität der Kultur im ganzen, auch der politischen Kultur, auf ein höheres Niveau hebt. Wenn wir etwa den genannten 'Divine Right of Monarchy'-Diskurs mit der politischen Theorie Thomas Hobbes' vergleichen, so ist das politische Resultat beider Theorien in vielem gleich, und doch ist die Hobbessche Theorie ungleich rationaler konstruiert, und es wäre abwegig, beide Theorien wegen ihrer politischen Übereinstimmung dem gleichen Diskurs zuzurechnen. Allenfalls könnte man sagen, dass Hobbes einen Vorschlag formuliert, wie der 'Divine Right of Monarchy'-Diskurs rationalistisch reformulierbar ist, also eine erhöhte Überzeugungskraft in einem neuen, rationalistischen

(28) Pocock benutzt beide Begriffe im Grunde austauschbar und in frühen Texten vor allem den 'Paradigma'-Begriff, siehe: *Languages and their Implications*, in: ders.: *Politics, Language and Time*.

(29) Francois CHATELET (Hg.): *Geschichte der Philosophie*, Bd. 3: Die Philosophie der Neuzeit (16. und 17. Jahrhundert) (Frankfurt (Main) etc., 1974); Panajotis KONDYLIS, *Die*

Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus (München, 1986); Alexander SCHWAN, Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung, in: *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*, hg. v. Hans J. LIEBER, Bonn (1991), 157-257; Stephen TOULMIN, *Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne (1990)* (Frankfurt (Main), 1994).

Paradigma auf sich zu ziehen vermag. Argumentierbar ist auch, dass bereits der Humanismus und die Reformation (30) Paradigmenwechsel darstellen, in diesem Fall weniger durch Wissenschaftsentwicklungen angetrieben, sondern durch den Zusammenbruch des alteuropäischen dualen Ordnungssystems von katholischer Kirche und Kaisertum, ein Prozess, der sich über Jahrhunderte zunächst im Dauerkonflikt zwischen Kaiser und Papst anbahnte und in der Durchsetzung der frühneuzeitlichen Nationalstaaten als dominanter politischer Form vollendete, auf der Subjektebene begleitet von einem erheblichen Individualisierungsschub (31). Im 18. Jahrhundert sehe ich einen weiteren Paradigmenwechsel, der die politische Diskursivität in Abstoßung vom einfachen Rationalismus und seiner Fixierung auf juristische Begründungsformen auf anthropologische und soziale Vergesellschaftungsweisen als Basis und Voraussetzung politischer Formen zurückführt, das politische Denken gleichsam soziologisch tieferlegt (32). Bei diesen Überlegungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Paradigmenwechsel im beschriebenen Sinne Zeit benötigt, um sich durchzusetzen, und dass die Transformationsprozesse von Diskursen respektive Paradigmen nicht der gleichen zeitlichen Dynamik gehorchen. Diskurse transformieren sich auch unabhängig von Paradigmenwechseln, bestimmt durch die Konkurrenzverhältnisse der Diskursfelder, und es scheint auch möglich, dass ein Diskurs eines alten Paradigmas in ein neues 'hineinragt'. Das Ergebnis dieser Überlegungen fasst die folgende Matrix schematisch zusammen.

(30) Für die Reformation immer noch interessant: Max WEBER, *Die protestantische Ethik*, hg.v. Johannes Winckelmann, Gütersloh, Bd. 1: Eine Aufsatzsammlung, 7. Aufl., 1984, Bd. 2: Kritiken und Antikritiken, 4. Aufl., 1982, sowie, stärker auf England bezogen: R.H. TAWNEY, *Religion and the Rise of Capitalism. A historical Study* (1926) (Harmondsworth, 1984); weiterhin Patrick COLLINSON, Protestant Culture and the Cultural Revolution, in: *Reformation to Revolution. Politics and Religion*

in *Early Modern England*, hg. v. Margo TODD (London/NY, 1995), 33-52.

(31) Siehe dazu Norbert ELIAS, *Über den Prozeß der Zivilisation* (1939) Frankfurt (Main), Bd. 1, 14. Aufl., 1989, Bd. 2, 13. Aufl., 1988; Charles TILLY, Reflections on the History of European State-making, in: ders. (Hg.): *The Formation of National States in Western Europe* (Princeton, 1975), 3-83.

(32) Siehe hierzu Friedrich JONAS *Geschichte der Soziologie*, 2 Bde. (Reinbek, 1976).

Schematisches Modell zur Diskursfelddynamik

Zeit	→		
D	<i>Diskurs 1</i>	<i>Diskurs 1</i>	<i>Diskurs 1</i>
I	Topoi, Theoreme, Modelle	T, Th, M (x)	
S	Rhetorik (x)	R	
K			
U	<i>Diskurs 2</i>	<i>Diskurs 2</i>	<i>Diskurs 2</i>
R	T, Th, M (x)	T, Th, M	
S		R (x)	
F			
E	<i>Diskurs 3</i>	→ <i>Diskurs 3</i>	<i>Diskurs 3</i>
L			T, Th, M (x)
D	<i>Paradigma 1</i>	<i>Paradigma 2</i>	<i>Paradigma 3</i>

Erläuterungen: jeweils drei Diskurse beschreiben ein Diskursfeld; die Bestandteile eines mehr oder weniger kohärenten Diskurses sind inhaltlich definiert als: Topoi, Theoreme, Modelle, sowie durch eine Rhetorik. Durch die Wiederholung von Rhetorik (x) in P1D1 und P2D2 ist deutlich gemacht, dass eine Rhetorik, jedenfalls teilweise, von einem Diskurs zu einem anderen 'wandern' kann; durch die Wiederholung von M (x) an drei verschiedenen Orten der Matrix ist deutlich gemacht, dass Modelle (wie auch Topoi und Theoreme), sicher in transformierter Form, in verschiedenen Diskursen erscheinen können; der zwischen P1D3 und P2D3 verweist auf das mögliche Hineinragen eines Diskurses von einem alten in ein neues Paradigma.

Mit diesem bereits recht komplexen Modell ist die Konzentration auf die politischen Diskurse im definierten Sinne relativiert. Ich möchte jedoch an der fundamentalen Einsicht der politischen Diskurstheorie festhalten, dass es die 'realen', historiographisch, wenngleich idealtypisch, rekonstruierbaren Diskurse sind, die das politische Denken einer Periode strukturieren. Gleichwohl verweisen die diskursübergreifende Existenz von Topoi, Theoremen und Modellen sowie die Paradigmenwechsel darauf, dass in der Bewegungsform politischen Denkens verschiedene Tiefendimensionen zu berücksichtigen sind, die eventuell historiographisch nur rekonstruktiv, d.h. nur indirekt aus dem Bewusstsein und den Texten der Zeitgenossen zu erschließen sein mögen. Während Diskurse im allgemeinen offen aufeinanderprallen, vollziehen sich Paradigmenwechsel im allgemeinen eher in der Form der Ignorierung alter Problemstellungen, an deren Stelle neue treten. Nur in Ausnahmefällen, wie 'Thomas Hobbes' durchaus reflektierter

Begründung einer 'neuen politischen Wissenschaft', zeichnen sich Paradigmenwechsel als klarer, theoretisch reflektierter Bruch ab. Das hat von der politischen Theoriebildung als Diskurs her gesehen damit zu tun, dass ein neues Paradigma, indem überkommene Denkweisen gesprengt werden, unmittelbar nicht viel Überzeugungskraft im allgemeingesellschaftlichen Bewusstsein mobilisieren kann. Und da gerade politische Theorien generell auf Massenwirkung zielen, liegt auch für theoretische Innovateure der diskursive Anschluss an gegebene paradigmatisch-diskursive Strukturen nahe, die oftmals gleichsam nur 'unter der Hand' umgewälzt werden. Intentionale Innovation und der Zwang zur diskursiven Assimilation führen daher generell zur Verschleierung der Innovation, die als Kontinuität präsentiert wird.

Im Ergebnis dieser Überlegungen plädiere ich für ein Anknüpfen an den manifesten Bewusstseinsinhalten der Zeitgenossen, die am besten als Diskurse rekonstruierbar sind. Daneben muss jedoch ein Methodenpluralismus Platz haben, der geeignet ist, geistesgeschichtliche Prozesse aufzudecken, die nicht im Zentrum des zeitgenössischen Bewusstseins selbst stehen und sich eventuell nur in nicht-reflektierter Form in den Kommunikationsprozessen nachweisen lassen. Der Gefahr anachronistischer Projektion bei dieser Art von Untersuchungen ist letztlich nicht anders zu begegnen als durch erhöhte Aufmerksamkeit für die Reflektiertheit von Bewusstseinsinhalten. Tatsächlich ist ja der Bewusstseins- und Erkenntnisprozess stets ein Suchprozess, der einfache, zunächst nicht reflektierte Erfahrungsmomente über das Zwischenstadium der Herauskristallisierung und Formulierung von 'Problemen', die bereits diskursiv umstritten sind (denn Antworten gibt es nur auf Fragen, und diese verstehen sich nicht von selbst) in Reflektion zu überführen trachtet. Als Historiker sind wir Späteren in der günstigen Lage, mit dem Wissen des späteren historischen Prozesses und einem fortentwickelten intellektuellen Instrumentarium ausgestattet, die historische Wirklichkeit der Zeitgenossen eventuell besser analysieren zu können als sie selbst. Es wäre dumm, sich dieser Überlegenheit zu begeben, oder vielmehr, da das in Wahrheit gar nicht möglich ist, so zu tun, als könne man davon abstrahieren. Und es wäre auch nicht wünschenswert. Der möglichen Hybris dieser Überlegenheit sollte, auf der anderen Seite, die bescheidene Einsicht entgegengestellt werden, dass, wie fortgeschritten auch immer die geistesgeschichtliche Rekonstruktion ist, der historische Bewusstseinszustand nicht wirklich umfassend rekonstruierbar ist, weil die unendliche Komplexität der wirklichen Erfahrungswelt, gerade weil sie weithin unvermeidlich vorreflexiv ist, das nicht gestattet. Der Geisteshistoriker leistet eine intellektuelle

Vermittlungsarbeit zwischen Vergangenheit und Gegenwart: er muss der Gegenwart verständlich sein im Verstehen der Vergangenheit. Er darf weder sprechen wie ein Elisabethanischer Höfling, noch den Elisabethanischen Hof auf ein postmodernes Sprachspiel reduzieren.

VI

Bei der-wie betont werden muss: versuchsweisen und skizzenhaften-Wendung in die Gegenwart wäre zunächst zu fragen, in welchem Diskursraum, oder welchen Diskursräumen, wir uns bewegen. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Nationalstaat in der frühen Neuzeit den Rahmen bedeutungsvoller politischer Debatten abgab, ist geschwunden oder im Schwinden begriffen. Natürlich gab es auch in der frühen Neuzeit Einflüsse zwischen den Diskursräumen, so wie etwa die Bedeutung der Ideologie der Staatsräson oder jene des Modells kontinentalen Absolutismus in England nicht zu unterschätzen ist. Aber diese Formen transnationaler kultureller Rezeptionsströme sind nicht gleichzusetzen mit politischer Diskursivität im eminenten Sinne, die stets auf die Macht, auf den Staat zielt. Wenn wir davon ausgehen, dass 'Globalisierung' nicht nur ein Propagandaschlagwort ist, sondern eine Realität, die sich politisch in der Mehrebenenhaftigkeit von subnationaler, nationaler, europäischer (EU) und Politik in internationalen Institutionen darstellt, so erscheinen politische Diskursräume heute als ungleich weiter und komplexer als in der frühen Neuzeit. Und auch wenn sich bei genauerer Analyse auch heute noch die nationale Ebene der Politik als die entscheidende erweisen sollte, an der sich politische Diskurse in erster Linie orientieren, lässt sich doch eine Angleichung der Diskursverhältnisse in Ländern der Europäischen Union beobachten und auf globaler Ebene so etwas wie ein 'Diskurs des Westens' identifizieren.

Gleichzeitig beobachten wir im Rahmen der Globalisierung eine neuartige Diskrepanz, jene nämlich zwischen tatsächlich globalisierten ökonomischen Prozessen und den in das gesellschaftliche Bewusstsein eindringenden globalen ökologischen Problemen einerseits und den dahinter zurückfallenden politischen Handlungsmöglichkeiten andererseits. Die Globalisierung ist, in Gestalt etwa von Migration, manifest in den nationalen Gesellschaften und Diskursen anwesend und kann daher als Paradigmenwechsel der Politik gelten.

Der Liberalismus, dessen diskursive Situation im folgenden knapp analysiert werden soll, ist zweifellos ein Grunddiskurs des Westens. Damit sind nicht politische Parteien gemeint, die die Bezeichnung

‘liberal’ in ihrem Namen führen, sondern eine bestimmte politische Sprache. Oder eigentlich zwei, weil die These begründet werden soll, dass er sich in ‘Wirtschaftsliberalismus’ einerseits und ‘politischen Liberalismus’ andererseits gespalten hat. Im Frühliberalismus, sagen wir, von John Locke (33) und Adam Smith (34), gehen wirtschaftliche Freiheit und politische Freiheit Hand in Hand. Und dies gilt modo grosso auch für Autoren des 19. Jahrhunderts wie James Mill (35), Thomas Macaulay (36), für einen Freihandelspropagandisten wie John Bright (37) oder für John Stuart Mill (38). Seit etwa der Jahrhundertmitte jedoch formierte sich ein Liberalismus, der negativ auf sozialistische und sozialstaatliche Tendenzen reagierte und demokratische Inklusionen als Bedrohung der Freiheit perzipierte, die er, vor allem die ökonomische Freiheit, d.h. Eigentumsrechte und die freie Verfügung über Eigentum, dagegen zu verteidigen unternahm. In England, aber mit Ausstrahlung in die Vereinigten Staaten, ist Herbert Spencer ein Repräsentant dieser Transformation des Liberalismus (39), in den USA selbst wirkte etwa William Graham Sumner aggressiv-propagandistisch in diesem Sinne (40) - beide übrigens in Anlehnung an das zeitgenössische Evolutions-Paradigma (41), und im Hintergrund standen und

(33) John LOCKE, *Political Essays*, hg. v. Mark Goldie (Cambridge, 1999); ders.: *A Letter concerning Toleration* (1689) (Buffalo, 1990); ders.: *Zwei Abhandlungen über die Regierung* (1689), hg. v. Walter EUCHNER, (Frankfurt (Main), 1977).

(34) Adam SMITH, *The Theory of Moral Sentiments* (1759), Glasgow Edition, Bd. I, hg. v. David D. Raphael/Alec L. MacFie (Indianapolis, 1982); ders.: *An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations* (1776), hg. v. Ronald H. CAMPBELL/Andrew S. SKINNER, Glasgow Edition, Vol. II, 2 Bde. (Indianapolis, 1981).

(35) James MILL, *Commerce defended*. An answer to the arguments by which Mr. Spence and Mr. Cobbett and others, have attempted to prove that commerce is not a source of national wealth (1808), N. Y., 1965; ders.: *Essays on Government, Jurisprudence, Liberty of the Press and Law of Nations* written for *The Supplement to the Encyclopaedia Britannica* (1816-23), London, 1825, repr. (Fairfield (N. J.), 1986).

(36) Thomas B. MACAULAY, *Speeches* (1831-53) (Leipzig, 2 Bde., 1853); s.a. *Utilitarian Logic and Politics*. James Mill's 'Essay on Government', Macaulay's critique and the ensuing debate, hg. v. Jack LIVELY/John REES (Oxford, 1978).

(37) John BRIGHT, *Selected Speeches on Public Questions* (1853-78) (London/NY, o.J.).

(38) John S. MILL, *The Logic of the Moral Sciences* (6. Buch der 'Logic', 1843), hg. v. A.J. AYER (London, 1987); ders.: *Principles of Political Economy, with some of their Applications to Social Philosophy* (1848), Bücher IV und V, hg. v. Donald WINCH (Harmondsworth, 1985); John S. MILL, *Über Freiheit* (1859) (Frankfurt (Main), 1969); ders.: *Der Utilitarismus* (1861) (Stuttgart, 1985); ders.: *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie* (1861), hg. v. Kurt L. SHELL (Paderborn, 1971); ders.: *The Subjection of Women* (1861) (Buffalo, 1986).

(39) Herbert SPENCER, *The Man versus the State. With six Essays on Government, Society and Freedom* (1843-91) (Indianapolis, 1982).

(40) Siehe z. B. William Graham SUMNER, *Soziale Pflichten, oder Was die Klassen der Gesellschaft einander schuldig sind* (am. 1884), übers. M. Jacobi (Berlin, 1890).

(41) Siehe dazu Charles Darwin: *Die Abstammung des Menschen* (1871), Wiesbaden, 3. Aufl., 1966; Spencer: *The Evolution of Society*. Selections from Herbert Spencer's 'Principles of Sociology' (1876-96), hg. v. Robert L. CARNEIRO (Chicago/London, 1974); Richard HOFSTADTER, *Social Darwinism in*

stehen alte protestantisch-puritanische Traditionen (42), die die Selbstverantwortung der Individuen, ursprünglich für eine ernsthafte Selbstkontrolle und Gewissensprüfung im Lichte der 'Heiligen Schrift', betonen. In Deutschland, wo es nie einen starken aggressiven Puritanismus gab, an dessen Stelle die zurückgezogene Innerlichkeit des Pietismus trat, wo sich ausserdem der Wirtschaftsliberalismus, polemisch-diskursiv als 'Manchestertum' denunziert, nie recht durchgesetzt hat, geht erst aus der 'österreichischen Schule der Nationalökonomie' um Carl Menger, die sich gegen den paternalistischen Etatismus der deutschen 'historischen Schule der Nationalökonomie' um Gustav Schmoller und den 'Verein für Socialpolitik' abgrenzte (43), eine Richtung hervor, die seit den 1920er Jahren, bereits auf totalitäre Entwicklungen reagierend, deutlich wirtschaftsliberale Diskursmotive formuliert. Ihr zuzurechnen sind vor allem Ludwig Mises und Friedrich August Hayek, die übrigens beide später im anglo-amerikanischen Raum wirkten (44). Dieser aggressive Wirtschaftsliberalismus erlebte unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan seit den 1970er Jahren eine spektakuläre Revitalisierung (45), die sich wesentlich aus der einsetzenden Krise des Sozialstaatsprojektes, das in Amerika ideologisch eigentlich immer schwach war und wohl erst seit Lyndon Johnsons 'Great Society'

American Thought (1944) (Boston, 1992); die entsprechenden Passagen in Ross, *The Origins of American Social Science*; Rolf Peter SIEFERLE, *Die Krise der menschlichen Natur. Zur Geschichte eines Konzepts* (Frankfurt (Main), 1989).

(42) Die Herkunft Spencers aus einem Milieu von 'Dissentern' geht aus seiner: *An Autobiography* (1894), 2 Bde. (London, 1904), hervor.

(43) Siehe bes. Carl Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere (1883), Gesammelte Werke, hg.v. Friedrich A. Hayek, Bd. II, Tübingen, 2. Aufl., 1969, und dort bes. der Anhang IX: Über die sogenannte ethische Richtung der politischen Ökonomie; siehe zum 'Verein für Socialpolitik': Dietrich Rueschemeyer/Ronan Van Rossem: The 'Verein für Socialpolitik' and the 'Fabian Society': A Study in the Sociology of Policy-Relevant Knowledge, in: *States, Social Knowledge and the Origins of Modern Social Policies*, hg. v. Rueschemeyer/Theda Skocpol (Princeton/NY, 1996).

(44) Siehe Ludwig Mises: *Liberalismus*, Jena, 1927; ders.: Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und

Wirtschaftsideologie der Gegenwart, Jena (Fischer), 1929, Auszüge in: Werner Stützel et al. (Hg.), Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Ludwig-Erhard-Stiftung (Stuttgart/NY, 1981), 213-20; Friedrich A. HAYEK: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (Texte von 1935-47), Erlenbach-Zürich, 1952; ders.: *Der Weg zur Knechtschaft* (1944) (München, 1991); ders.: *The Constitution of Liberty* (1960), (London, 1976); ders.: *Freiburger Studien* (1962-67) (Tübingen, 1969); ders.: *Liberalismus* (Tübingen, 1979).

(45) Ein einflussreicher Autor ist Milton FRIEDMAN, Kapitalismus und Freiheit (am. 1962) (Frankfurt (Main)/Berlin/Wien, 1984); ders./Rose FRIEDMAN, *Chancen, die ich meine. »Free to Choose«*. Ein persönliches Bekenntnis (am. 1979) (Frankfurt (Main)/Berlin/Wien, 1983); kritische Kommentare: George GILDER, *Reichtum und Armut* (am. 1981) (München, 1983); Robert LEKACHMAN, Die Reichen reicher machen. Reaganomics oder Wie Ronald Reagan den Sozialstaat abbaut (Reinbek, 1982); Mike DAVIS, *Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren* (Berlin, 1986).

überhaupt einigen Fuß gefaßt hatte, zu erklären sein dürfte. Institutionell sind an der Ausarbeitung dieses aggressiven Neo-Wirtschaftsliberalismus führend von Ökonomen dominierte, von den sich demokratisierenden Massenuniversitäten abgekoppelte 'Think Tanks' beteiligt, über die eine gezielte Propaganda unter den Eliten und in Richtung Medien organisiert wird. In einem zweiten Stadium, in dem Parteiapparate und Propagandainstrumentarien der Regierung ihre Rolle spielen, gelingt die Diffusion und Absenkung dieser Diskursmotive in das allgemeingesellschaftliche Bewußtsein, weil sich an dieses Projekt, vor allem an das Motiv der Deregulierung, zunächst Hoffnungen auf Steuersenkungen und individuelle Aufstiegschancen knüpfen.

In Deutschland, wo die kombinierten Sozialstaats- und korporatistischen Sozialpartnerschaftstraditionen (46) von Sozialdemokratismus und paternalistischem Etatismus so stark waren, dass auch schon das Nachkriegskonzept der 'Sozialen Marktwirtschaft', das in Grundzügen bereits zur Zeit des Nationalsozialismus ausgearbeitet wurde und an das später rhetorisch angeschlossen werden konnte, wesentlich hemmende soziale Komponenten einschloss (47), blieb dieser Diskurs verhältnismäßig schwach, begünstigt auch durch eine andernorts alsbald einsetzende Desillusionierung über den Marktradikalismus an der Macht. Der beschriebene Paradigmenwechsel zur Globalisierung bedingt jedoch, dass eine Rückkehr zum Sozialstaatsmodell, das wie seit Jahrzehnten expansiv (48) weitergeführt werden könnte, nicht möglich ist. Und die Globalisierung wird vom Wirtschaftsliberalismus diskursiv genutzt, um das Aufbrechen sozialstaatlicher Beharrungskräfte zu betreiben. 'Globalisierung' ist daher sowohl ein objektiver Prozess, als auch eine diskursive Propagandaformel. Gleichwohl übt der Marktliberalismus keine Hegemonie aus, und zwar vor allem wegen der desillusionierenden Erfahrungen mit ungehemmter Deregulierung, die den Marktradikalismus als Ideologie enthüllen. Denn alle Welt weiß nunmehr, und die 'Global Players' besser als alle anderen, dass die erheblichen, latenten Krisenrisiken des gegenwärtigen Kapitalismus nur durch Regulation beherrschbar sind. Das Problem aus Sicht der Repräsentanten dieses Diskurses besteht darin, diese Rhetorik derart selektiv

(46) Siehe Ulrich von ALEMANN (Hg.), *Neokorporatismus* (Frankfurt (Main)/NY (Campus), 1981).

(47) Maßgebend: Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (1952), gek. hg. v. Edith Eucken-Erdsiek/K. Paul Hensel (Hamburg, 1959); Wilhelm RÖPKE, *Die Lehre von der Wirtschaft* (1937) (Bern/Stuttgart, 12. Aufl., 1979), sowie verschiedene Beiträge in:

Werner STÜTZEL *et al.* (Hg.), *Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft*.

(48) Dieses expansive oder sozialinklusive Denkmuster wird sehr deutlich in Thomas H. MARSHALLS, *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates* (1949-81), hg. v. Elmar RIEGER (Frankfurt (Main), 1992).

einzusetzen, dass die Behinderungen des Kapitalprozesses beseitigt und gleichzeitig die notwendigen Regulationen gewährleistet werden.

Und diesen scheinen nunmehr — das ist jedenfalls das Bild, das die amerikanische Politik bietet — auch neuartig imperiale Politiken zuzurechnen zu sein, die auf defiziente Staatlichkeit (aus Sicht des Westens) auf dem Globus reagieren, welche entweder nie erfolgreich etabliert wurde, unter dem Druck der Globalisierung wieder erodiert oder die schlicht Herrschaftsinteressen des Westens im Wege steht und mit mehr oder weniger guten Gründen als 'schurkisch' deklariert wird. Wirtschaftsliberalismus und imperialer Autoritarismus — und seit Thomas Hobbes gibt es eine eigentümliche theoretisch — diskursive Affinität zwischen negativer Freiheit (49) und Autoritarismus — scheinen sich gegenwärtig zu einer neuartigen Ideologie der Beherrschung der Welt zu verbinden.

In Reaktion auf die evolutionistisch-wirtschaftsliberale Verengung des liberalen Denkens gab es in England bereits seit etwa 1900 sozialtheoretische Gegenentwürfe, die auf eine Erneuerung des politischen Liberalismus zielten, der für die sich politisch zur 'Labour Party' formierende Arbeiterbewegung kompatibel sein könnte (50). Aber diese Ansätze blieben seinerzeit weithin folgenlos. Anders dann die Initiativen von amerikanischen politischen Denkern — hier ist prominent und an erster Stelle John Rawls zu nennen —, die etwa zeitlich parallel zur Ausarbeitung des Neo-Wirtschaftsliberalismus an der Erneuerung eines politischen Liberalismus arbeiteten, der im Falle von Rawls theoretisch an frühliberale Modelle der Vertragstheorie anknüpft, kombiniert mit Kant und Utilitarismus (51). Diese spezifische Andockung an theoretische Motive der Aufklärungszeit vor der Durchsetzung der politischen Ökonomie als gesellschaftstheoretischer Leitwissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, die selbst in England allenfalls in das frühe 19. Jahrhundert fällt (52), und vor dem Paradigmenwechsel der Evolutionstheorie, ist bezeichnend, weil sich daran das Bemühen ablesen lässt, die Entpolitisierung des Liberalismus, seine Verengung auf negative Freiheit und Wirtschaftsliberalismus rückgängig zu machen. Diskursge-

(49) Siehe Isaiah BERLIN, *Four Essays on Liberty* (1949-69) (Oxford/NY, 1988); Charles TAYLOR, *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus* (amerik. 1985), (Frankfurt (Main), 1988).

(50) Zu nennen wäre hier etwa Leonard T. HOBHOUSE, *Liberalism* (1911), (Oxford, 1964).

(51) John RAWLS, *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (am. 1971) (Frankfurt (Main), 1979); ders.: *Die Idee des politischen Liberalis-*

mus. Aufsätze 1977-1989 (Frankfurt (Main), 1994).

(52) Glänzend: Donald WINCH, *Riches and Poverty. An Intellectual History of Political Economy in Britain, 1750-1834* (Cambridge), 1996, sowie Stefan COLLINI/Donald WINCH/JOHN BURROW, *That noble science of politics. A study in nineteenth-century intellectual history* (1983) (Cambridge, 1987).

schichtlich verbindet sich dieser Versuch mit Johnsons 'Great Society', als Sozialstaatsbegründung, die sich den anti-etatistischen und individualistischen Traditionen der amerikanischen Kultur anschmiegt. Dieser Entwurf, der außerakademisch zunächst auf eine eher adverse politische Konjunktur traf, geriet nicht in erster Linie von Seiten des Wirtschaftsliberalismus in die Kritik (53), sondern von Seiten des 'Kommunitarismus' als Theorie der, sozusagen, 'gemeinschaftlichen' (54) Seite der amerikanischen Kultur, die mit ihrem Individualismus in einem dialektischen Bedingungsverhältnis steht. Diese Debatte zwischen politischen Liberalen und Kommunitaristen, die sich nach einiger Aufgeregtheit in der Betonung von Gemeinsamkeiten verlaufen hat, die aber jedenfalls eine Öffnung des politischen Liberalismus zu republikanischen Traditionen zur Folge hatte (55), kann in Amerika als durchaus relevant für die politische Selbstverständigung gelten, blieb in Europa wegen der andersartigen politisch-kulturellen Voraussetzungen aber überwiegend akademisch. Im Zusammenfluss dieser Debatte jedoch mit Motiven des Konjunkturdiskurses der 'Zivilgesellschaft', der seine zeitweilige Stärke aus der Verknüpfung osteuropäischen Anti-Totalitarismus mit westlichem Anti-Etatismus bezog (56), linken Reformströmungen und Diskursfragmenten aus 'Neuen Sozialen Bewegungen' (57) hat sich hier so etwas wie ein linksliberales Lager gebildet, das aber diskursiv nur unscharfe Konturen hat und daher auch über wenig Ausstrahlungskraft verfügt. Die diskursanalytische These also, die hier exemplarisch durchgeführt werden sollte, lautet, dass sich

(53) Siehe immerhin: Karl HOMANN, Demokratie und Gerechtigkeitstheorie. James M. Buchanans Kritik an John Rawls, in: Bernd BIERVERT *et al.* (Hg.), *Sozialphilosophische Grundlagen ökonomischen Handelns* (Frankfurt (Main), 1990).

(54) Ich beziehe mich hier in einem eher vagen Sinne auf die klassische Unterscheidung von Ferdinand TÖNNIES, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie* (1887, hier n.d. 8. Aufl. v. 1935) (Darmstadt, 1979).

(55) Zu der sich Habermas skeptisch verhält, siehe ders.: Drei normative Modelle der Demokratie, in: ders.: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie* (Frankfurt (Main), 1996), 277–92.

(56) Jean Cohen/Andrew ARATO, Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society, in: Axel HONNETH *et al.* (Hg.), *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung, FS Habermas* (Frankfurt (Main), 2. Aufl.,

1989); John KEANE, *Democracy and Civil Society*. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy and the Problem of Controlling Social and Political Power (London/NY, 1988); John KEANE (Hg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives* (1988) (London/NY, 1993).

(57) Wolfgang F. HAUG/Wieland ELFFERDING (Hg.), *Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (Berlin (Argument), 1982); Karl-Werner BRAND/Detlef BÜSSER/Dieter RUCHT, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft*. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (1983) (Frankfurt (Main)/NY, 2. Aufl., 1984); Roland ROTH, Neue soziale Bewegungen, in: *Pipers Handbuch der politischen Ideen* hg. v. Iring FETSCHER/Herfried MÜNKLER, 5 Bde. (München/Zürich (Piper), Bd.5, 1987); theoretisch: Joachim RASCHKE, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß* (1985) (Frankfurt (Main)/NY, Studienausgabe, 1987).

der Liberalismus nachhaltig in einen eher sozialreformerischen politischen Liberalismus und einen eher autoritären Wirtschaftsliberalismus gespalten hat, die sich auf unterschiedliche akademische und Sozialmilieus stützen und unterschiedlich scharf konturiert sind.